

Fossilistischer Kolonialismus

Wie Klimakrise und globale Ungerechtigkeit sich wechselseitig verstärken

Von Friederike Otto

Im Spätherbst 2025, wie in jedem der vergangenen 29 Spätherbste zuvor, haben sich wieder Vertreter:innen aller Länder zur COP, der „Conference of the Parties“ – also der UN-Klimakonferenz – getroffen, um Fortschritte zu machen bei der Bekämpfung des Klimawandels. Wie immer gab es kleine Fortschritte, Enttäuschungen und vor allem sehr viel diplomatisches Gerangel. Alles wie gehabt und doch anders. Die geopolitische Lage ist trüber als seit Langem und die Welt schon das zweite Jahr in Folge 1,5 Grad wärmer als im vorindustriellen Klima. Diese Temperaturerhöhung, die es laut dem Pariser Abkommen nicht zu überschreiten gilt, wurde erreicht und zumindest kurzfristig überschritten, ohne dass die Welt unterging. Ist also am Ende alles egal, was passiert, mit dem Klima, den Verhandlungen und Konferenzen? Geht uns das alles nichts an? Wer das glaubt, befindet sich genau dort, wo Trump, Putin, die fossile Industrie und ihre Freunde uns haben wollen: festhängend im Status quo und im Glauben, dass Veränderung ohnehin unmöglich sei. Diese zynische Entfremdung von der Politik hat Hannah Arendt als den gefährlichsten Nährboden für den Faschismus bezeichnet.

Es geht uns sehr viel an und wir können sehr viel ändern. Jede:r von uns hat Einflussphären. Jedes Gespräch, das wir führen, sei es mit den Lehrer:innen unserer Kinder in der Schule, mit Kolleg:innen, unseren Eltern oder Freund:innen ist wichtig und verändert die Welt ein Stück weit. Entweder, indem es den Status quo – die Welt, die Reiche reicher macht und Arme ärmer, auf Kosten der Gesundheit, Umwelt und Sicherheit aller – weiter verfestigt oder diesen infrage stellt und verändert. Dass Letzteres nicht zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist, zeigt jede erfolgreiche Nachbarschaftsinitiative, oder jüngst die Wahl von Zohran Mamdani zum New Yorker Bürgermeister.

Als 2024 die globale Mitteltemperatur 1,5 Grad Celsius überstieg, ist die Welt nicht untergegangen. Stattdessen haben viele unserer, gerade in Deutschland, geachteten und für selbstverständlich gehaltenen Rechte großen Schaden genommen. Rechte, die uns per Verfassung zustehen und in der Menschenrechtscharta für alle Menschen der Welt festgehalten sind. Wie war es um das Recht auf Leben bestellt, als allein in diesem Sommer in Europa

* Der Beitrag basiert auf „Klimaungerechtigkeit. Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat“, dem neuesten Buch der Autorin, das im Ullstein Verlag erschienen ist.

24000 Menschen infolge von Hitzewellen starben, von denen 68 Prozent ohne den menschengemachten Klimawandel noch leben würden?¹ Wie um das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Nahrung und sauberes Wasser, als im Amazonas im vergangenen Jahr extreme Dürre herrschte, die ohne den Klimawandel wesentlich geringer ausgefallen wäre?² Was ist mit dem Recht auf Bildung passiert, als die fossile Industrie spätestens seit den 1980er Jahren in großangelegten Kampagnen Falschinformationen über die Ursachen und Folgen des Klimawandels zu verbreiten begann?³ Wenn uns die Erderwärmung egal ist, geben wir unsere Menschenrechte preis. Wir verkaufen sie noch nicht einmal, wir verschenken sie und zahlen noch obendrauf.

Die sechs Meter pro Sekunde, die der Hurrikan Helene aufgrund des Klimawandels intensiver war, als es ohne ihn zu erwarten gewesen wäre, hat die Menschen in Florida Ende September 2024 mehr als acht Mrd. Dollar gekostet.⁴ Es ist daher wirklich nicht egal, dass mit 1,5 Grad Erwärmung die Erde heute wärmer ist als jemals zuvor in der Geschichte der menschlichen Zivilisation – wärmer als jede Welt, die ein Mensch bisher gekannt hat. In der Welt, in der wir leben, hat sich der mit der industriellen Revolution einhergehende Klimawandel gegen Ende des 20. Jahrhunderts dramatisch beschleunigt. Auch heute, im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts, hält diese rasante Beschleunigung an. Das bedeutet nicht, dass der Klimawandel nicht schon am Anfang des 20. Jahrhunderts Menschen um ihr Leben hat kämpfen lassen. Bereits die Hitzewellen, die in den 1930er Jahren während der Dust-bowl-Jahre die großen Prärien der USA buchstäblich in eine Staubschüssel verwandelten und viele Menschen in Oklahoma, Kansas, Texas, New Mexico und Colorado das Leben oder ihre Lebensgrundlage kostete, waren heißer, als sie es ohne den Klimawandel gewesen wären.⁵ Und auch die dramatische Überschwemmung der südamerikanischen Stadt Huaraz in den peruanischen Anden, die 1941 von einer riesigen Schlammlawine größtenteils zerstört wurde, wäre ohne den Klimawandel weniger drastisch ausgefallen und hätte weniger Menschen getötet.⁶ Im Jahr 1934 hatte sich die durchschnittliche Temperatur auf der Erde um 0,17 Grad erhöht. Als 1941 in Huaraz die Erwärmung um 0,21 Grad angestiegen war, verloren viele ihr ganzes Hab und Gut, und auch hier führten die Hitze und die darauffolgende Gletscherschmelze unzählige Menschen an eine definitive Grenze: Wer tot ist, kann sich nicht mehr anpassen. Für die über 16500 Menschen, die diesen Sommer aufgrund des Klimawandels in Europa gestorben sind, war die Grenze

1 Clair Barnes u.a., Summer heat deaths in 854 European cities more than tripled due to climate change, Grantham Institute report, 17.9.2025.

2 Ben Clarke u.a., Climate change, not El Niño, main driver of extreme drought in highly vulnerable Amazon River Basin, WWA scientific report No. 32, World Weather Attribution, spiral.imperial.ac.uk, 24.1.2024.

3 Benjamin Franta, Early oil industry disinformation on global warming, in: „Environmental Politics“, 4/2021, S. 663-668.

4 Nathan Sparks und Ralf Toumi, The Imperial College Storm Model (IRIS) Dataset, In: „Scientific Data“, 24.4.2024, S. 1-12.

5 Tim Cowan u.a., Present-day greenhouse gases could cause more frequent and longer Dust Bowl heatwaves, in: „Nature Climate Change“, 18.5.2020, S. 505-510.

6 Rupert Stuart-Smith u.a., Increased outburst flood hazard from Lake Palcacocha due to human-induced glacier retreat, in: „Nature Geoscience“, 2/2021, S. 85-90.

mit etwas unter 1,5 Grad überschritten. Der Vergleich mit dem Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt zum einen, dass es Hitzewellen schon immer gab, sie aber durch den Klimawandel immer gefährlicher werden. Zum anderen wird deutlich, dass auch vermeintlich kleine Änderungen, wie 0,1 oder 0,2 Grad, bereits enorme Auswirkungen haben. Gewusst haben wir dies schon sehr lange, in Wissenschaft, Industrie und Politik.

Ist das akzeptabel? Diese Frage wurde lange Zeit gar nicht gestellt, durch das vermehrte und beschleunigte Verbrennen fossiler Brennstoffe allerdings ganz offen mit „Ja“ beantwortet. Inzwischen ist die Debatte, wo eine akzeptable Grenze des Anstiegs der globalen Mitteltemperatur liegen mag, in vielen Ländern in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 hat sie mit „deutlich unter 2 Grad, wenn möglich 1,5 Grad“ markiert.⁷

Aber bei dieser Grenze handelt es sich um einen Kompromiss, ein Kompromiss zwischen dem Status quo des fortschreitenden Verbrennens fossiler Energieträger und den dadurch verursachten Schäden und Verlusten, den Menschen und Tieren, die seither ihr Leben oder ihre Lebensgrundlage verloren haben. Es ist ein Kompromiss zwischen den Grundrechten eines Großteils der Weltbevölkerung und dem wirtschaftlichen Profit weniger und folglich keine physikalische, sondern eine soziale Grenze. Jedes Zehntel Grad globaler Erwärmung führt zu immer größeren Schäden und Verlusten, aber wer diese spürt und wie, hängt nur zu einem ganz geringen Teil vom Wetter und Klima ab.

Die Klimakrise als Gerechtigkeitskrise

Als Klimaforscherin schaue ich berufsbedingt durch das Wetter, insbesondere Extremwetter, auf die Welt. Daher weiß ich, wie sehr der Klimawandel Rechte verletzt, insbesondere derjenigen, die sowieso immer benachteiligt sind, sei es aufgrund ihres Alters, Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihres Einkommens oder Bildungsstandes.

Was mir meine Wetterlupe aber auch zeigt, ist, wie sehr die Ursachen dieser Benachteiligung gleichzeitig die Treiber des Klimawandels sind. Sie macht damit extrem deutlich, warum es beim Klimawandel um Gerechtigkeit geht. Bei diesem handelt es sich nicht um ein wissenschaftliches Problem, für das es eine technische Lösung gibt, sondern um ein politisches, dessen Lösung ebenfalls sozial und politisch sein muss.

Bei wetterbedingten Katastrophen ist der Klimawandel, oder das Wetter, nur ein kleiner Teil des Problems. Im Jahr 2022 litt die Bevölkerung ganzer Landstriche in Westafrika in der sich von Mai bis Oktober erstreckenden Regenzeit unter dramatischen Überschwemmungen. Teilweise wurden diese durch überdurchschnittlich starke Niederschläge verursacht, die, wie mein Team und ich in der World Weather Attribution Initiative herausfanden, deut-

7 United Nations, Paris Agreement, unfccc.int, 2015.

lich intensiver waren, als sie es ohne den Klimawandel gewesen wären.⁸ Die Niederschläge sind damit eine sogenannte Naturgefahr, die durch den menschengemachten Klimawandel allerdings so verstärkt wurde, dass sie alles andere als nur natürlich ist. Zu einem wesentlichen Teil wurden diese Überschwemmungen, insbesondere in Nigeria, auch dadurch verursacht, dass im benachbarten Kamerun ein Staudamm geöffnet worden war, der große Gebiete im dicht besiedelten Delta des Flusses Niger flutete. Über 30 Millionen Menschen leben hier. Sie sind den Niederschlägen auf besondere Weise ausgesetzt und mit ihnen die dortigen Ökosysteme und Vermögenswerte wie Gebäude, Brücken, Straßen und Wasserleitungen. Dass diese Region gegenüber Wetter- und Naturgefahren besonders exponiert ist, ist natürlich kein Geheimnis. Nicht umsonst hätte es in jenem nigerianischen Teil des Deltas einen Staudamm geben sollen, der das Wasser auffängt. Dieser wurde jedoch nie gebaut, sodass die Menschen aufgrund der schlechten Infrastruktur sowie hoher Armutsraten besonders verletzlich oder vulnerabel sind, also viel stärker als andernorts von den Gefahren beeinträchtigt werden.

Vulnerabilität und Exposition: Wodurch wird Wetter zur Katastrophe?

Ob Wetter zur Katastrophe wird, bestimmen Vulnerabilität und Exposition, also die Verletzbarkeit, mit der wir einer Naturgefahr gegenüberstehen, und die Art und Weise, wie wir ihr ausgesetzt sind. Die Auswirkungen von Extremereignissen sind immer kontextabhängig – stets spielt es eine große Rolle, wer sich vor dem Wetter wie schützen kann. Deshalb ist der Begriff „Naturkatastrophe“ vollkommen unangebracht, auch wenn er in den Medien und politischen Diskursen immer wieder verwendet wird. Auch bei den Überschwemmungen in Nigeria sprach die internationale Berichterstattung nur über Wetter und Klima. Dass die dortige, seit Jahrzehnten unfertige Infrastruktur einen entscheidenden Anteil an der Flutkatastrophe hatte, war den internationalen Medien so gut wie nicht zu entnehmen.

Wie wir über Extremereignisse berichten, beeinflusst aber nicht nur, welche Maßnahmen wir für möglich halten, um darauf zu reagieren, sondern auch, wen wir in der Verantwortung dafür sehen, diese notwendigen Schritte umzusetzen. Die Beschreibung von Extremwetter als Moment, der uns ausschließlich etwas über den Klimawandel erzählt – oder die den Klimawandel komplett weglässt –, verschleiert Faktoren, die die Auswirkungen von Wetterereignissen stark prägen, und bietet einen bequemen Diskussionsrahmen für Politiker:innen, die versuchen, die Aufmerksamkeit von lokalen Entscheidungs- und Planungsfehlern abzulenken.

Dabei zeigt uns Extremwetter noch viel größere Zusammenhänge. Dass beispielsweise die Infrastruktur in Nigeria so mangelhaft und oft gar nicht vorhanden ist, hat insbesondere mit zwei Dingen zu tun: mit der nachhaltigen

8 Izidine Pinto u.a., Conflict, poverty and water management issues exposing vulnerable communities in Africa to extreme floods that are now common events because of climate change, *spiral.imperial.ac.uk*, 23.10.2024.

Zerstörung der dortigen sozialen Strukturen unter britischer, französischer und zum Teil auch deutscher Kolonialherrschaft sowie mit einer extremen Ungleichheit in der Bevölkerung – Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen Arm und Reich und zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Nur weil es diese gibt, ist der Klimawandel überhaupt ein derart großes Problem. Neben den offensichtlichen Dimensionen von Ungleichheit wie fehlender Infrastruktur und Armut gibt es auch sehr viel weniger offensichtliche Dimensionen.

Die Klimakrise ist eine Krise, die hauptsächlich durch Ungleichheit und die nach wie vor unangefochtene Vorherrschaft patriarchaler und kolonialer Strukturen geprägt ist, die zudem verhindern, dass ernsthaft Klimaschutz betrieben wird. Physikalische Veränderungen wie stärkere Regenfälle und trockenere Böden hingegen wirken sich nur mittelbar aus. Kurzum: Der Klimawandel ist ein Symptom dieser globalen Krise der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, nicht ihre Ursache. Dass wetterbedingte Katastrophen kein Unglück oder Schicksal, sondern im Wesentlichen Unrecht und Ungerechtigkeit sind, gilt sowohl auf lokaler Ebene, wenn beispielsweise patriarchale Strukturen dafür sorgen, dass schwangere Frauen in traditionellen Gesellschaften bei extremer Hitze im Freien arbeiten, weil Feldarbeit für den Eigenbedarf als „Frauenarbeit“ gilt, als auch wenn Hilfgelder an das männliche Familienoberhaupt ausgezahlt werden und nicht bei jenen ankommen, die das Essen auf den Tisch bringen müssen. Aber die Ungerechtigkeit zeigt sich auch global.

Koloniale Denk- und Handlungsweisen – auch in der Klimapolitik

Schauen wir uns etwa die Klimawissenschaften an: Das Feld ist von weißen Männern dominiert, die überwiegend einen naturwissenschaftlichen Hintergrund haben und vor allem Untersuchungen durchführen und anleiten, die die physikalischen Aspekte des Klimas betreffen. Zahlreiche andere Fragestellungen hingegen blenden sie aus. Deswegen befassen sich viel zu wenige Studien mit den globalen Wechselwirkungen von sozialen und physikalischen Veränderungen in einem sich wandelnden Klima. Kein Wunder, dass es an belastbaren Forschungsergebnissen mangelt, die uns auf wissenschaftlicher Basis über die Fragen von Schäden und Verlusten der globalen Klimapolitik informieren könnten. Das macht es umso schwieriger, aufzuzeigen, wie die Kolonialpraktiken, die der Globale Norden seit Jahrhunderten gegenüber den Ländern des Globalen Südens betreibt, nach wie vor unsere Lebens-, Denk- und Handlungsweisen beeinflussen – auch in der Klimapolitik.

Heute führt die Vernachlässigung der Mehrheit der Weltbevölkerung dazu, dass genau diese auch am stärksten unter der Klimakrise leidet. Der Klimawandel ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen, und wir werden ihn nicht managen können, wenn wir die historisch angelegte Ungerechtigkeitsdynamik von Beherrschung und Abhängigkeit zwischen Ländern im Globalen Norden und Ländern im Globalen Süden nicht beheben. Unsere Welt ist

noch immer von der Idee der Herrschaft und Macht geprägt: der Herrschaft des Globalen Nordens über den Rest der Menschheit, aber auch über den Planeten. Der Einfluss dieser Idee manifestiert sich nicht nur in dramatischen Verlusten von Leben und Lebensgrundlagen in den Ländern der ehemaligen Kolonien, sondern er zerstört auch in Deutschland Leben. Dass bei den Überschwemmungen im Ahrtal 80 Prozent derer, die ihr Leben verloren haben, ältere Menschen waren und 16 Prozent Behinderungen hatten, ist kein Zufall.

Aufgrund dieser Machtstrukturen ist für viele von uns die Welt, wie sie sein sollte, eine Welt, die fossile Brennstoffe verbrennt – und das auch kann. Es ist eine Welt, in der viele Menschen noch immer so viel Fleisch essen, wie sie möchten, ohne dass es Konsequenzen hätte. Eine Welt, in der das Auto derart ins Zentrum der Politik gestellt wird, als sei sein Gebrauch ein Menschenrecht.

Wir hinterfragen diesen Lebensstil zu selten, für viele ist er noch immer der Inbegriff des erfolgreichen Lebens. Es ist zwar vielen inzwischen bewusst, dass es kein nachhaltiger Lebensstil ist. Aber dass er womöglich überhaupt nicht wünschenswert ist – wobei es ziemlich egal ist, welche Kriterien eines guten Lebens man anwendet –, wird kaum diskutiert. Ebenso selten fragen wir uns, woher diese Herrschaftsfantasien eigentlich kommen und was sie so erfolgreich gemacht hat. Das führt dazu, dass wir uns heute nur auf die Folgen dieser Lebensweise konzentrieren, die sozialen, politischen und kulturellen Ursachen aber außer Acht lassen. Wir messen Treibhausgase und globale Temperaturerhöhungen, wir berechnen die physikalischen Folgen des Verbrennens fossiler Energieträger und der Abholzung der Wälder. Auf diese Weise wird der Klimawandel zum Asteroiden, zu einer physischen Bedrohung, die es mit Technologien wie großen Staudämmen, Biokraftstoffen und Wasserstoffphantasien oder mit Rechenspielen zu Kohlenstoffkompensation zu bekämpfen gilt. Wir vergessen dabei, dass es nicht um das Ende des Planeten oder das Ende der Menschheit als Ganzes geht. Die Erde wird weiterhin bestehen. Sie wird sich verändern und mit ihr viele ihrer Ökosysteme. Von außen betrachtet, sind diese Veränderungen weder gut noch schlecht.

Dennoch ist der Klimawandel aus menschlicher Sicht schlecht, und zwar nicht, weil er uns als Spezies gefährdet, sondern uns als Gesellschaft. Was es zu retten gilt, ist nicht das Klima oder die Menschheit. Es geht schlicht und einfach darum, die Würde und Rechte der Menschen – und zwar aller Menschen – zu retten bzw. sie in vielen Fällen überhaupt erst umzusetzen.

Klimapolitik: Eine Frage der Menschenwürde...

Die Erkenntnis, dass der Klimawandel vor allem deshalb ein Problem ist, weil er die Würde und Rechte der Menschen verletzt, ist nicht neu. Sie ist vielmehr der Grund, warum wir überhaupt auf internationaler Ebene über ihn reden. Auf den Weltklimakonferenzen der Vereinten Nationen ging es nie um Eisbären oder den Untergang der Spezies Mensch. Es ging immer um Menschenleben und die Lebensgrundlagen unzähliger Existenzen. Die Ziele im

Pariser Abkommen sind politische Ziele. Nicht eine einzige wissenschaftliche Bewertung hat jemals ein bestimmtes Ziel verteidigt oder empfohlen.⁹

Aus gutem Grund, denn bei der Festlegung eines solchen Zieles geht es letztendlich um eine ethische Abwägung. Sie lässt sich in einer einfachen politischen Frage ausdrücken: Wie viele Menschenleben, wie viele Korallenriffe, wie viele Insekten lassen wir uns die kurzfristige Weiternutzung vergleichsweise billiger fossiler Brennstoffe im Globalen Norden noch kosten?

Weil die Rede vom „gefährlichen Klimawandel“ im Wesentlichen auf die Frage zielt, für wen es wann gefährlich wird, haben insbesondere die Niedriglohnländer des Globalen Südens und die kleinen Inselstaaten dafür gekämpft, das Ziel auf 1,5 Grad zu senken. Nicht wegen eines drohenden Weltuntergangs bei über 1,5 Grad, sondern weil in den Emerging Markets, wie die neoliberale Bezeichnung für die aufstrebenden Wirtschaften des Globalen Südens zynischerweise lautet, schon jetzt die Lebensgrundlage vieler Menschen verloren geht.

Denn: Wer marginalisiert ist, leidet am meisten unter den Folgen des Klimawandels. Sei es aus ökonomischen Gründen, weil die betroffenen Menschen keine Versicherungen abschließen können oder in schlecht isolierten oder mangelhaft gebauten Häusern leben. Sei es aus sozialen Gründen, wenn Leute keinen Informationszugang haben und keine Warnungen erhalten, oder wenn es ihnen an einer Krankenversicherung und alternativen Einkommensmöglichkeiten mangelt. Das gilt auf der globalen Ebene ebenso wie innerhalb einzelner Länder, auch im Globalen Norden.

... und der Menschenrechte

Der Klimawandel vertieft existierende Ungleichheiten. Ungleichheit aber zerstört Vertrauen, Solidarität und sozialen Zusammenhalt. Sie mindert die Bereitschaft der Menschen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Der Klimawandel verstärkt sie aber nicht nur innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch auf globaler Ebene. In der Folge werden bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen überall noch stärker an den Rand gedrängt. Wer ohnehin in instabilen Verhältnissen lebt, muss sich auf noch größere Gefährdung einstellen, bis hin zu Konflikt und Krieg.

In der Summe macht der Klimawandel vor allem eins: Er beschneidet grundlegende Rechte. Das Recht auf Leben und Freiheit, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf Eigentum, auf soziale Sicherheit, das Recht auf Wohlfahrt, nicht zuletzt die Freiheit des Kulturlebens. All dies sind Menschenrechte, die bekanntlich universell gültig sind. Das Pariser Klimaabkommen ist ein Menschenrechtsvertrag, kein Vertrag zum Schutz von Eisbären und kein Almosenvertrag zur Unterstützung des Globalen Südens. Der Klimawandel, vor allem durch die stärkeren und häufigeren Extremwetterereignisse, trifft auf eine Welt, in der die Menschen mit sehr unterschiedlichen

9 Reto Knutti u.a., A scientific critique of the two-degree climate change target, in: „Nature Geoscience“, 1/2016, S. 13-18.

Problemen kämpfen. Aber egal, ob es die USA, Deutschland oder Südafrika trifft, überall bewahrheitet sich, dass diejenigen zuerst sterben, die wenig Geld haben und sich nicht ohne Weiteres ausreichend mit Informationen versorgen können. Und das müsste nirgendwo so sein.

Dass es dennoch immer wieder genau so geschieht, liegt insbesondere an einem gesellschaftlichen Narrativ, das sich hartnäckig hält. Es fußt vor allem auf der Idee, dass das Verbrennen fossiler Energieträger für den Erhalt dessen, was wir als Wohlstand bezeichnen, unerlässlich und „Freiheit“ mit Tempolimit unmöglich sei. Vergleichen wir unsere heutige Gesellschaft mit der von vor dreihundert Jahren, schreiben wir die Errungenschaften der vergangenen Jahrhunderte in vielen Fällen unhinterfragt dem Verbrennen fossiler Energien zu, etwa die Tatsache, dass wir sauberes Trinkwasser haben. Wir verbinden Kohle, Öl und Gas historisch mit der Demokratie und den Werten des „Westens“, wobei wir diese auch kausal verknüpfen: Das eine bedingt das andere. Selbst in den Fällen, in denen das tatsächlich stimmt, vergessen wir aber immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Umkehrschluss – geht das eine unter, stirbt das andere mit ihm – so fatal wie falsch ist.

Die Dominanz des kolonialfossilen Narrativs – und wie wir es herausfordern

Dieses Narrativ – oder Framing – zieht sich durch sämtliche soziale Ebenen und politische Entscheidungen. Noch immer argumentieren sowohl der Globale Norden als auch der Globale Süden, dass die Länder des Globalen Südens aus Gerechtigkeitsgründen zunächst auch das Recht auf sehr hohe Treibhausgasemissionen haben müssten. Dabei gerät völlig aus dem Blick, dass auch im Globalen Norden die Armen für den Lebensstil weniger Reicher bezahlen – sei es der Kumpel, der im Bergwerk malocht, oder die Stadtbewohner:innen, die in Ballungsräumen verstärkt der Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Wer sagt denn, dass das, was im Globalen Norden passiert, selbstverständlich besser sei und damit der Welt übergestülpt werden müsse?

Als der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, im November 2022 für Deutschland einen neuen Flüssiggas-Deal mit Katar unterzeichnete, spielte er das Problem des Klimawandels gegen ein vermeintlich drängenderes politisches Ziel, das der Energiesicherheit, aus. Denn anders als vielleicht suggeriert werden sollte, behob dieser Deal nicht die akuten Engpässe im Winter 2022/2023, sondern liefert Gas erst ab 2026, dafür aber bis 2041. Auch wenn die tatsächlichen Liefermengen klein sein mögen, ist dies ein viel zu langer Zeitraum, wenn Deutschland seine Klimaziele ernst nehmen will. Statt Krisen gegeneinander auszuspielen und große Herausforderungen vermeintlich drängenderen nationalen Problemen zu opfern, müssen wir uns fragen, ob die Menschenrechte wirklich das normative Fundament unserer Gesellschaften darstellen, wie es sich die Vereinten Nationen 1948 erhofften.

Jede bisher abgehaltene Klimakonferenz hat deutlich gezeigt, wie sehr das koloniale Denken noch heute die Politik bestimmt. Das Versprechen des

Globalen Nordens, ab 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar in den Süden fließen zu lassen? Wurde nicht eingehalten. Damit muss sich der Süden mit den Auswirkungen des Klimawandels weiterhin hauptsächlich allein herumschlagen, und Klimaanpassungsmaßnahmen bleiben erst einmal mehr Traum als Realität. Das Ausbeuten von Natur und Menschen bestimmt nach wie vor unser Handeln. Wenn wir jeden Verbrenner mit einem E-Auto ersetzen, werden Menschen im Kongo in noch größerem Ausmaß als bisher ihr Leben in Minen aufs Spiel setzen, um die für die Batterien nötigen Mineralien abzubauen. Sie werden weiter den Regenwald abholzen, damit den Klimawandel noch mehr anheizen und sich der Gefahr von Erdbeben und Lawinen aussetzen, damit die Menschen gerade auch in Deutschland weiter ihr Statussymbol fahren können.

Die notwendige Transformation des gesellschaftlichen Lebens

Das Erbe des Kolonialismus durchzieht unser aller Leben, den Klimawandel, seine Auswirkungen und vermeintlichen Lösungen aber in besonderem Maße. Der Einfluss der Industrie, die mit dem Verbrennen fossiler Brennstoffe reich und mächtig geworden ist, prägt weltweit unsere Erzählung davon, was ein erstrebenswertes Leben sei. Dass das Auto ein Statussymbol ist, viel mehr als andere teure Anschaffungen, ist kein Zufall. Diese Framing nenne ich ein kolonialfossiles Narrativ.

Der kolonialfossile Klimawandel ist daher im Wesentlichen weder Klimakrise noch Klimakatastrophe noch sonst irgendein dramatisches, zusammengesetztes Substantiv, das man mit „Klima“ bilden kann, sondern eine Gerechtigkeitskrise. Diese Gerechtigkeitskrise durchzieht die Geschichte der Menschheit und findet nicht erst statt, seit der Klimawandel ein Thema ist. In Kombination mit den immer dramatischeren Auswirkungen des Klimawandels hat diese Gerechtigkeitskrise jedoch eine neue Dringlichkeit und globale Dimension erreicht, die nur mittelbar mit Physik zu tun hat. Die Tatsache, dass es sich bei dem, was den Klimawandel zum Problem macht, nicht um eine Heizeit oder andersgeartete physikalische Gegebenheiten handelt, hat weitreichendere Konsequenzen, als wir bisher anerkennen wollen. Sie macht uns klar, dass die Art und Weise, wie wir den Klimawandel aktuell hauptsächlich bekämpfen und erforschen – nämlich als Problem der Physik –, viel zu kurz greift. Natürlich brauchen wir eine Transformation dessen, wie wir Energie gewinnen. Vor allem aber brauchen wir eine Transformation dessen, wer wie am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Und vor allem, wer Macht hat, wie diese genutzt wird und wer wie Entscheidungen trifft. Eine derart grundlegende Transformation zu erreichen, erfordert viele Menschen auf ganz vielen Ebenen. Es erfordert, Macht abzugeben, freiwillig oder unfreiwillig. Ein erster Schritt wäre sicherlich, Geschichten zu erzählen, die nicht dem kolonialfossilen Narrativ folgen und den Status quo als beste aller Welten erklären. Wir müssen uns jenen wenigen anschließen, die bereits heute für eine Welt kämpfen, in der es sich auch in Zukunft zu leben lohnt.